Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1913. Nr. 84. Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,5 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Chefredakteur: Dr. Strasser-Veldegg, Halle (Saale).

Mittwoch, 19. Februar 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Eltz sen. Halle (Saale).

38. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer.

Unter dem Vorsitz des Grafen Mirbach (Sorquitten) fand gestern im Architektenhause zu Berlin die 3. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsformer statt. In seiner Eröffnungsrede wies der Vorsitzende darauf hin, daß für Deutschland infolge seiner geographischen Lage und der dadurch bedingten Notwendigkeit einer starken Wehrmacht zu Lande und zu Wasser weit mehr als jedes andere Land der Pflege des wirtschaftlichen Lebens bedarf. Wir sind jedoch nicht auf dem richtigen Wege dazu. Der Grundbesitz, besonders auf dem Lande, hat im letzten Jahre durch die Gesetzgebung eine ununterbrochene Reihe von Mehrbelastungen und von tiefeindringenden Belästigungen erfahren. Vor allem ist hier die Reichszuwachssteuer zu nennen, ferner die weitere Verschärfung der Besteuerung des Kartoffelbaues in der Aufhebung des Branntweinkontingents und endlich der weitere Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung mit den endlosen Paragraphen und Strafbestimmungen. Die stetige Mehrbelastung muß schließlich den denkenden Landwirt in die Städte treiben, und wenn ihn noch so starke Bande an die Scholle fesseln. Für die Industrie ist ein stärker Schutz der Arbeitswilligen eine Existenzfrage. Unbegreiflich ist daher die Stellungnahme der Regierung in der Frage des Streikpostenstehens. Unser Programm bedarf daher einer Ergänzung dahin: „Der Schutz und die Erhaltung des Privateigentums, welches die Grundlage der Rechtsordnung und der Kultur ist, muß die Richtschnur jeder staatserhaltenden Gesetzgebung sein." (Beifall).

Darauf referierte der Professor der Staatswissenschaften Dr. Otto Gerlach (Königsberg i. Pr.) in zweieinhalbstündiger Rede über das Thema:

„Unsere sozialpolitische Gesetzgebung — ihre Wirkung — und die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung".

Der Redner legte schließlich eine Resolution vor, in der die Generalversammlung erklärt, daß die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung berufen sei, die Tätigkeit der privaten Lebensversicherungsanstalten zu ergänzen namentlich in der Richtung, die angesammelten Kapitalien auf dem platten Lande anzulegen. Die Resolution bedauert ferner, daß gegenüber der von den Gewerkschaften und den Konsumvereinen gegründeten Volksversicherung „Volksfürsorge" eine Verständigung zur Abwehr unter den bürgerlichen nationalen Parteien gegen diese sozialdemokratische Gründung nicht gelungen sei. — Die Resolution wurde ohne Debatte angenommen.

Sodann referierten Professor Dr. von der Borght (Berlin) und Rittergutsbesitzer v. Sybel (Haus Isenburg) über die Neubelastung des Grundbesitzes während der letzten Jahre. — Die Referenten legten gemeinsam eine Resolution vor, die die Umsatzsteuer, die Wertzuwachssteuer und die Steuer nach dem gemeinen Wert des Grund und Bodens verurteilt, da diese Steuern auf bodenreformerischer Grundlage errichtet seien und die eigentliche Aufgabe der Steuern, die Staatsbürger zu den öffentlichen Lasten nach dem Maße ihrer Kraft und Leistungsfähigkeit unter Schonung der Erwerbs- und Einkommensquellen heranzuziehen, wesentlich verschoben sei.

In einer sehr lebhaften Diskussion trat Landrat v. Batocki (Bledau) der Resolution in dem Punkte, in welchem sie Abschaffung der Umsatzsteuer fordert, entgegen, da lediglich durch diese Steuer die Güterspekulation auf dem Lande ein wenig zurückgedrängt werden kann. — Graf Mirbach (Sorquitten) hält dies jedoch für zu weitgehend, da mancher Grundbesitzer verkaufen muß, auch wenn er nicht will. Schuld an der Verteuerung der Weltmarktpreise sei die enorme Produktion von Gold, die eine Entwertung des Geldes bedinge. — Den gleichen Gesichtspunkt vertrat der Reichs- und Landtagsabg. Dr. Arendt, der bekannte Verkämpfer der Silberwährung. Die Ziele der Bodenreformer nannte dieser Redner einen Halbsozialismus, der weit gefährlicher sei als der wirkliche Sozialismus, da jener sich scheue, seine letzten Ziele klarzulegen.

Nach weiterer Diskussion wurde die Resolution angenommen mit dem Vorbehalt der Prüfung im engeren Komitee und die Generalversammlung darauf geschlossen.

Die Landfrauen im Herrenhaus.

Gelegentlich der landwirtschaftlichen Woche hat der Verband der evangelischen Jungfrauenvereine Deutschlands gestern vormittag im Herrenhaus zu Berlin eine Landfrauen-Versammlung veranstaltet, die außerordentlich stark besucht war. Die dichtbesetzten Reihen im Sitzungssaal und auf den Tribünen bewiesen deutlich das allgemeine Interesse an dem Gegenstand der Verhandlung: Die Jugendpflege auf dem Lande als Frauenfrage.

Die Vorsitzende der Versammlung Gräfin v. Schwerin-Löwitz begrüßte in der Eröffnungsansprache die Anwesenden, vor allem die Vertreter des Landwirtschafts-, des Kultusministeriums, des Ministeriums des Innern, des Evangelischen Oberkirchenrats sowie Pastor Burkhard vom Vorstand des Bundes der evangelischen Jungfrauenvereine. Der Zweck der Veranstaltung sei die Regelung und Organisierung der weiblichen Jugendpflege auf dem Lande, hauptsächlich, um der Landflucht und den daraus sich ergebenden Schäden entgegenzusteuern. Die Rednerin schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Kaiserin, das Vorbild der deutschen Frau und Mutter.

Hierauf begann die erste Referentin Frau von Schwerin-Janow ihre Darlegungen über Frauennöte auf dem Lande. Die wirtschaftliche Not bestehe nicht in ungenügendem Verdienst, sondern in der Unkenntnis der Hauswirtschaft, des Gartenbaus, der Kinder- und Krankenpflege. Die geistige Not sei auf die Unkenntnis des Wertes ländlicher Arbeit, auf den Mangel an Erziehung und an Heimatliebe zurückzuführen; die Ursache für die sittlich-religiösen Nöte läge im Fehlen jeder religiösen Einwirkung nach der Einsegnung, der daraus folgenden religiösen Gleichgültigkeit und dem Mangel eines Halts den Versuchungen gegenüber. Vererben diese Nöte sich auf spätere Generationen, so sei die Gesundung des Volkslebens unmöglich.

Die Frauenhilfe auf dem Lande behandelte die nächste Rednerin, Gräfin zur Lippe-Oberschönfeld. Die wachsenden Aufgaben unserer Zeit verlangten nach Schulung und nach einer ständigen Hilfe, die nicht im Nebenamt, sondern von Berufs wegen der Jugend dienen wolle. Die Landpflegeschwester solle dazu geschult werden, diese Hilfe zu leisten. — Hierauf erörterte Frau Oberamtmann Nicolai-Hannover die Frauenpflichtaufdem Lande, die vor allem in der weiblichen Jugendpflege bestehe; die jungen Mädchen müßten in Vereinen, die anregend und ausbildend wirken, gesammelt werden. Der letzte Referent Pastor Keil-Sundhausen sprach sodann über die Frauenkraft auf dem Lande und wies darauf hin, daß es nur mit Frauenkraft gelingen werde, den Freiheitskampf um Glaube und Heimat gegen unfromme Mächte zu gewinnen.

Gräfin v. Schwerin-Löwitz dankte den Vortragenden und brachte ein Huldigungstelegramm an die Kaiserin zur Verlesung. Nach lebhafter Diskussion wurde eine im Sinne der gehörten Vorträge gehaltene Resolution angenommen.

Der letzte Entscheidungskampf.

Nach den aus London vorliegenden Meldungen greift auch dort die in den maßgebenden Berliner politischen Kreisen stets festgehaltene ruhige Auffassung der allgemeinen Lage mehr und mehr Platz. Diese Beruhigung stützt sich auf das allgemeine Interesse, das von allen Mächten an der Aufrechterhaltung des Friedens bekundet wird und namentlich auf die Annahme, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland tatsächlich eine Annäherung angebahnt ist.

Der türkische Großwesir Mahmud Schevket Pascha hat neuerdings dringende Schritte bei den Botschaftern unternommen, um die Herbeiführung eines Friedensschlusses zu beschleunigen und die diesbezügliche Mission Hakki Paschas zu fördern. Der Großwesir erschien auf den Botschaften Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Frankreichs und Englands und hatte mit den Botschaftern eingehende Unterredungen. Diese haben dem Großwesir übereinstimmend bedeutet, daß der Pforte anzuraten sei, die Kollektivnote der Mächte als Grundlage der wieder einzuleitenden Verhandlungen zu akzeptieren, da eine erfolgreiche Intervention auf anderer Basis nicht aussichtsreich sei.

Die Botschafter-Konferenz.

Es bestätigt sich, daß die Botschafter-Konferenz in London am Donnerstag wieder zusammentritt, um über die albanische Frage weiter zu beraten. Man hofft, auf Grundlage der neuen Vermittlungsvorschläge Deutschlands und Englands diese Angelegenheit einen Schritt weiter fördern zu können.

Die Frage der Abgrenzung Albaniens ist nach einer amtlichen Wiener Meldung in keiner Weise ihrer Lösung nähergerückt. Infolge der exorbitanten Ansprüche Rußlands gegenüber dem Standpunkte Oesterreich-Ungarns konnte trotz des anerkannten Friedensstandpunktes der Monarchie keine Annäherung in der albanischen Frage erzielt werden. Der unverminderte Fortbestand der Schwierigkeiten in der albanesischen Abgrenzungsfrage geht deutlich aus der Tatsache hervor, daß trotz der zweimonatigen Dauer der Botschafter-Reunion diese Frage auch nicht um einen Schritt der Lösung näher gebracht wurde. Unter solchen Umständen ist es schwer, zu behaupten, daß die Hoffnung auf eine glatte Liquidation der Lage in hohem Maße vorliegt.

Die kriegerischen Ereignisse.

Nach einem amtlichen türkischen Kriegsbericht hat der Feind gestern Adrianopel mit großen Zwischenräumen bombardiert. Bemerkenswertes hat sich nicht ereignet; in der militärischen Lage von Bulair ist keine Aenderung eingetreten; die Rekognoszierungen und die Verstärkung der Stellungen bei Tschataldscha dauern an.

Die türkischen Militärbehörden haben beschlossen, die Errichtung einer neutralen Zone in Adrianopel zu gestatten, in der die Angehörigen anderer Staaten Schutz vor dem Bombardement würden finden können; dagegen werden sie, um die Festung gegen Spionage zu schützen, nicht gestatten, daß Ausländer Adrianopel verlassen und die bulgarischen Linien passieren.

Die Meldungen der ausländischen Presse werden dementiert, wonach die Türken im Kampfe bei Bulair 15 000 Mann verloren hätten, sowie andere böswillige und übertriebene Gerüchte, die seit einigen Tagen über die militärischen Operationen im Umlauf sind. Auch das Gerücht, daß die Griechen 10 000 Mann in der Beschikbai gelandet hätten, beruht auf Erfindung.

Der Brand in Konstantinopel.

Der Brand in Stambul hat gegen 100 Häuser und etwa 40 Geschäftsläden zerstört, von denen ein Teil in der Straße gegenüber der Hagia Sofia gelegen war. Zahlreiche Beamtenfamilien sind obdachlos. Ein Teil von ihnen wurde in der Achmedmoschee oder in der Hagia Sofia untergebracht. Die Polizei setzt die Untersuchung über die Ursache des Brandes fort; doch scheint ein Zufall vorzuliegen.

Rumänien und Bulgarien.

In den maßgebenden Berliner politischen Kreisen herrscht, wie unser Berliner Vertreter meldet, die Ueberzeugung vor, daß keine unmittelbare Entscheidung, geschweige denn ein Bruch in den Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien bevorsteht. Man weist auch auf die Zurückstellung der in der rumänischen Kammer angekündigten Interpellation über die bulgarische Angelegenheit als einen Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung hin. Für den Fall, daß eine Einigung zwischen den beiden Regierungen nicht erzielt wird, ist mit einer Intervention der Mächte zu rechnen. Auch jetzt sind die Mächte — und, wie betont wird, ohne Unterscheidung der Gruppen — sowohl in Sofia wie in Bukarest unausgesetzt tätig, um einen Ausgleich der noch vorhandenen Differenzen herbeizuführen.

Schwindel-Nachrichten.

Die Gerüchte über blutige Zusammenstöße zwischen griechischen und bulgarischen Soldaten in Serres bewahrheiten sich nicht.

Die auch in ausländischen Blättern verbreitete Nachricht des „Kurjer Krakowski" vom 16. Februar über einen angeblichen Zusammenstoß zwischen einer russischen und einer österreichisch-ungarischen Grenzwache beruht auf Erfindung. Ein derartiger Zusammenstoß hat nicht stattgefunden.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur erfährt von zuständiger Seite, daß die in ausländischen Blättern erschienenen Petersburger Telegramme über die Antwort Kaiser Nikolaus' an Kaiser Franz Josef einen vollständig apokryphen, auf reiner Erfindung beruhenden Inhalt des Briefes wiedergeben.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 18. Februar 1913.

Am Bundesratstisch: Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Richter, Direktoren im Reichsamt des Innern Dr. Lewald, v. Jonquières.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 3 Minuten.

Erster Punkt der Tagesordnung waren kurze Anfragen.

Die Frage des Abg. **v. Laszewski (Pole)** nach den Wahlakten der Reichstagsnachwahl in Schwetz wird zurückgezogen, da die Akten gestern dem Reichstage zugegangen sind.

Die Abgg. **Dr. Paasche** (Natl.) und **Dove** (Fortschr. Vpt.) fragten, was der Reichskanzler gegenüber dem preußischen Handelsminister zu tun gedenke, der dem Bankkonsortium, das die Zulassung junger Aktien und Obligationen der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft zur Notiz an der Berliner Börse beantragte, erklärt hat, er werde wegen der ablehnenden Haltung dieser Gesellschaft gegenüber dem Gesetzentwurf über den Verkehr mit Leuchtöl, solange dieser Gesetzentwurf in Frage stehe, die Beratung und Beschlußfassung über die beantragte Zulassung seitens der Zulassungsstelle nicht dulden?

Unterstaatssekretär **Dr. Richter:** Der Handelsminister hat einem Vertreter des Konsortiums, das die Zulassung von Aktien und Schuldverschreibungen an der Berliner Börse beantragte, mitgeteilt, daß, solange die Vorlage wegen des Petroleummonopols noch in der Schwebe sei, eine Unsicherheit über die künftigen Verhältnisse der Gesellschaft bestehe, die eine zuverlässige Bewertung der neuen Papiere hindere. Ihre Zulassung zur Börse widerspreche deshalb den bestehenden Bestimmungen. Außerdem sei es dem staatlichen Interesse entgegen, wenn durch Zulassung der Papiere der Agitation der Gesellschaft gegen das Monopol amtliche Förderung zu teil werde. Das Vorgehen des Ministers hält sich innerhalb der durch das Börsengesetz gegebenen Befugnisse. Zu Maßnahmen des Reichskanzlers gegenüber dem Minister liegt hiernach keine Veranlassung vor. (Sehr richtig! rechts; Heiterkeit links.)

Die revidierte Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums und der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung dieser Übereinkunft wurden in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgten Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. **Siebenbürger** (Kons.) und **Haase** (Soz.) wurden für gültig erklärt.

Zur Wahl des Abg. **Meyer-Herford** (Natl.) beantragte die Kommission Gültigkeit, die Sozialdemokraten dagegen Ungültigkeit.

Abg. **Stücklen** (Soz.): Bei dieser Wahl ist der Landrat mit seiner vollen Autorität für die Wahl des Abg. Meyer eingetreten. Das ist ein unzulässiger Eingriff, deshalb beantragen wir in Konsequenz früherer Fälle die Ungültigkeit. Hier liegt eine amtliche Wahlbeeinflussung vor seitens eines politischen Beamten.

Abg. **Dr. Neumann-Hofer** (Fortschr. Vpt.): Wir verlangen allerdings von den politischen Beamten, daß sie sich von Wahlbeeinflussungen fernhalten. In diesem Falle ist aber der Landrat ohne Amtsbezeichnung in einer nichtöffentlichen Versammlung aufgetreten.

Die Wahl wurde für gültig erklärt.

Die Beratung des Postetats wurde fortgesetzt; die namentlichen Abstimmungen über die Ostmarkenzulage werden am Donnerstag zu Beginn der Sitzung vorgenommen werden.

Die Debatte wurde beim Titel 4 „Oberpostpraktikanten" usw. fortgesetzt. Die Kommission beantragte hier für das älteste Drittel der Beamten eine Zulage von 300 Mark.

Abg. **Antrick** (Soz.): Die Postbestellung in Braunschweig läßt viel zu wünschen übrig, die innere Verwaltung der Post ist dort schlecht organisiert, Betriebsvorschriften scheinen garnicht zu existieren. Die Beamten sind überlastet. Den Landbriefträgern sollten bei Ausübung ihres schweren Amtes Erleichterungen gewährt werden; zur Beförderung der schweren Pakete sollten ihnen kleine Fuhrwerke zur Verfügung gestellt werden. In einem Bezirk hat man ja schon einen Ziegenbock in den Reichspostdienst eingestellt. (Heiterkeit.) Der Personen-Postverkehr läßt außerordentlich zu wünschen übrig.

Vizepräsident **Dr. Paasche:** Nach der tagelangen Generaldiskussion bitte nicht bei jedem einzelnen Titel wieder die Generaldebatte zu eröffnen. (Sehr gut!).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191302192-13/fragment/page=0001

Abg. Erzberger (Ztr.): Ich möchte anfragen, ob den Postbeamten beim Eintritt in ein einzelstaatliches Parlament seitens der Verwaltung irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden, und ob es angängig ist, ihnen für die Entfaltung der notwendigen Agitation kurzen Urlaub zu geben.

Staatssekretär Kraetke: Den Beamten sind für ihre parlamentarische Tätigkeit noch nie Schwierigkeiten gemacht worden. Die Stellvertretungskosten sind stets auf die Reichskasse übernommen worden. Wenn nicht ganz erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen, so ist dem Beamten stets ein kürzerer Urlaub vor den Wahlen erteilt worden. Das soll auch künftig so gehalten werden. (Bravo!)

Abg. Böhle (Soz.): Die Brief- und Paketbestellung in Straßburg i. Els. läßt viel zu wünschen übrig. Eine Sendung nach Berlin wird schneller bestellt als eine solche, die in Straßburg bleibt. Auch ein eigenes Postscheckamt fehlt.

Abg. Sachse (Soz.): Die Vermutung, die Liste der Abonnenten der Steigerzeitung sei durch Bestechung von Postbeamten der Unternehmern ausgehändigt worden, hat sich als irrig herausgestellt.

Abg. Hubrich-Oberdarnim (Fortschr. Vpt.): Die teilweise große Entfernung der Postämter von den Wohnbezirken der Beamten läßt die Einführung der englischen Tischgeit als wünschenswert erscheinen. Bei der Verleihung von Titel und Orden sollten die mittleren Beamten besser bedacht werden. Wünschenswert ist die Schaffung einer größeren Zahl von Postsekretärstellen, sowie die unkündbare Anstellung derjenigen Post- und Telegraphengehilfinnen, die bereits längere Zeit angestellt sind.

Abg. Schirmer (Ztr.): Die zahlreichere Beschäftigung weiblicher Personen im Postdienst entspricht den Interessen der Postverwaltung und auch des Reichs, in dem über eine Million mehr weibliche Personen leben als männliche. Der Staatssekretär sollte dem Beispiel Bayerns folgen, das keinen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Beamten inbezug auf etatsmäßige Anstellung macht.

Abg. Werner-Hersfeld (Resp.) trat für Besserstellung der Postdirektoren ein. Den Postdirektoren sollte eine Standeserhöhung verliehen werden, ein besonderer Rattitel wäre angebracht. Ich habe gegen die Verwendung der Frauen im Postdienst nichts, in erster Linie müssen aber alle brauchbaren männlichen Anwärter berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Struve (Fortschr. Vpt.): Die Telegraphenarbeiterzeit sollte beim Übertritt in den Beamtenstand auf das Besoldungsdienstalter angerechnet werden. Die Tagegeldsätze der Postboten sollten erhöht und den Ortslohnsätzen angepaßt werden.

Abg. Erzberger (Ztr.): Wir erwarten vom Bundesrat, daß er wegen der Zulagen bis zur dritten Lesung eine Stellungnahme findet, die uns die Zustimmung ermöglicht.

Der Titel wurde mit der von der Kommission beschlossenen Zulage für das älteste Drittel einstimmig angenommen, ebenso die Resolution der Kommission auf Vermehrung der höheren Stellen, Wiederholung der Telegraphensekretärprüfung, Änderung des Besoldungsgesetzes und die Kinderzulagen.

Bei der Abstimmung über eine Resolution der Freisinnigen auf Anrechnung pensionsfähiger Zulagen bei Versetzung in eine Stelle ohne Zulage bleibt das Haus zweifelhaft, es findet Hammelsprung statt.

Für die Resolution stimmten 135 dagegen 103 Abgeordnete. Die Resolution war mithin angenommen.

Die folgenden Titel wurden nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Eine Resolution der Freisinnigen auf unkündbare Anstellung der Post- und Telegraphengehilfinnen nach Ablauf einer angemessenen Frist wurde angenommen, ebenso eine Resolution auf Gleichstellung der gehobenen Unterbeamten, die nach dem 1. April 1905 angestellt sind, mit denen der gleichen Klasse, die früher angestellt sind.

Beim Titel „Postagenten" trat

Abg. Werner-Hersfeld (Rpt.) für eine Besserstellung der Postagenten ein, die durch die Zunahme des Verkehrs und der Arbeitslast gerechtfertigt sei.

Abg. Heck (Natl.): Den Rentenempfängern auf dem Lande mögen in Zukunft bei den großen Entfernungen zu den Postagenturen ihre Bezüge durch Landbriefträger zugestellt werden.

Es folgten die Titel, die Unterstützungen für höhere und mittlere Beamten, sowie für Kanzlei- und Unterbeamte, Errichtung von Genesungsheimen, sowie die Ostmarkenzulage betreffen.

Abg. Schlee (Natl.): Die Ostmarkenzulage wird von ihren Gegnern abgelehnt mit der Begründung, daß sie politischen Zwecken diene. Würde man jetzt dazu übergehen, die Ostmarkenzulage zu streichen, so würde man nicht nur das Ansehen des Reiches, sondern auch der Beamten, in den Augen der Bevölkerung herabsetzen. Der Staatssekretär hat erklärt, daß nur rein sachliche, aber keine politischen Motive ihn veranlaßt haben, die Ostmarkenzulage zu gewähren, und seinen Worten müssen wir glauben. Zur Korruption der Beamten hat diese Zulage nicht geführt, sonst wären uns hier schon genug Beispiele hierfür vorgebracht worden. Um aber der Vorlage jede Bitterkeit zu nehmen, beantragen wir, als unwiderrufliche Zulagen für die in allen gemischtsprachigen Teilen des Reichspostgebietes angestellten mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten die Summe von 2 100 000 Mark statt wie bisher 1 100 000 Mark nur für die Ostmarken zu bewilligen.

Abg. Schultz-Bromberg (Rpt.): Auch wir hoffen auf eine Verständigung in dieser Frage, zumal es sich um eine rein wirtschaftliche, nicht aber um eine politische Frage handelt. Wir beantragen deshalb, außerordentliche unwiderrufliche Zulagen in der Provinz Posen, den gemischtsprachigen Gegenden Westpreußens und Elsaß-Lothringens den angestellten mittleren Kanzlei- und Unterbeamten der Reichspost in Höhe von zwei Millionen Mark zu bewilligen.

Abg. Ledebour (Soz.): Die Behauptung, die Ostmarkenzulage habe keinen politischen Charakter, steht in Widerspruch mit dem ganzen Politik Preußens. Auch Abg. Quarck hat wie Herr Kopsch das schwerste nationale Geschütz aufgefahren. (Widerspruch.) Ich Herr Schlee, Sie können nicht für Herrn Quarck den Kopf schütteln. (Heiterkeit.) Der Quarck ist mir schließlich noch lieber als die Schleh'! (Glocke.)

Präsident Dr. Kaempf bat, nicht die Namen von Abgeordneten zum Gegenstand von Scherzen zu machen.

Abg. Ledebour (Soz.) fortfahrend: Der Beweis dafür, daß die Ostmarkenzulage eine Korruptionszulage ist, liegt in der Sache selbst. Viele Beamte schämen sich tief innerlich (Ruf: O, bewahre!), daß sie für politische Zwecke eine solche Zulage bekommen sollen. (Widerspruch.) Ein Beamter, der die Korruptionszulage ablehnen würde, würde einfach „hinausgeschmissen" werden. (Widerspruch des Staatssekretärs; Heiterkeit.) Die Polen zeigen eine unendliche Zahmheit (Lachen), die Konservativen würden sich z. B. von einem russischen Bedränger die russische Sprache nicht so aufdrängen und mit Enteignungsgesetzen drangsalieren lassen. Hier handelt es sich um eine Entartung des nationalen Gedankens. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Chlapowski (Pole): Nur politische Gründe sind es gewesen, die Ostmarkenzulage einzurichten; man wollte eben die Beamten in den Händen behalten. Wir stimmen dem Beschlusse der Kommission auf Streichung des Titels zu. Der nationalliberale Antrag ist unannehmbar, schon, weil der Begriff „gemischtsprachiges Gebiet" undefinierbar ist, ebenso lehnen wir die anderen Anträge ab.

Abg. Hubrich-Oberdarnim (Fortschr. Vpt.): Wir stimmen für die Ostmarkenzulage, möglichst ausgedehnt auf alle gemischtsprachigen Bezirke. Auf die Pflichttreue der Postbeamten in den Ostmarken hat die Zulage nicht ungünstig gewirkt. Mag man sich endlich von dem Schlagwort „Korruptionszulage" emanzipieren. Hic Rhodus, hic salta! (Bravo!)

Abg. Wendel (Soz.): Die Fortschrittspartei ist von dem hakatistischen Gift immer mehr angefressen worden. Die Fortschrittlichen stimmten s. Z. für die Ostmarkenzulage und für den Sprachenparagraphen, um der Regierung den Anlaß zu nehmen, sie aus dem Block auszuschalten.

Abg. v. Trampczynski (Pole): Die Haltung der Regierung ist inkonsequent. Als über die niedrigen Arbeiterlöhne im Osten geklagt wurde, wurde darauf hingewiesen, daß im Osten die Lebenshaltung billiger sei, jetzt heißt's umgekehrt.

Abg. Dr. Haegy (Els.): Der Ostmarkenzulage können wir nicht sympathisch gegenüberstehen. Den nationalliberalen Antrag lehnen wir ab, da der Begriff „gemischt-sprachig" zu undeutlich ist, dagegen werden wir dem Antrag der Reichspartei zustimmen.

Staatssekretär Kraetke: Der Charakter der Ostmarkenzulage bürgt dafür, daß er mit politischen Zwecken nicht in Verbindung zu bringen ist. Ein politischer Charakter ist ihr nur von einzelnen Parteien zugelegt worden. Viele Jahre lang haben die Beamten die Zulage bezogen, und wenn Sie ihnen sie jetzt nehmen, so ist das ein schwerer Schlag für die Beamten, die bei ihrem verhältnismäßig geringen Einkommen mit dieser Zulage gerechnet haben. Der nationalliberale Antrag ist undurchführbar. Über die Ausdehnung auf Elsaß-Lothringen ließe sich reden, ich bitte aber in erster Linie, den Etatstitel zu bewilligen.

Die Titel mit Ausnahme der Ostmarkenzulage wurden bewilligt.

Die Kommissionsresolution auf Gewährung von Kinderzulagen wurde einstimig angenommen; die Abstimmung über die Ostmarkenzulage erfolgt am Donnerstag.

Nach Bewilligung des Titels „Zuschuß zu den Krankenkassen" vertagte sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Schwerinstag. Zentrumsantrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Schluß 6¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 18. Februar 1913.

Am Ministertisch: Justizminister Dr. Beseler.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte

Abg. v. Pappenheim (Kons.): Am 10. d. Mts. habe ich bei der Beratung des Bauetats darauf hingewiesen, daß bei kostspieligen Regierungsdienstgebäuden häufig sehr bald Reparaturkosten notwendig werden, wie das beim Oberpräsidium in Koblenz der Fall ist, dessen Neubau über anderthalb Millionen erfordert hat. Nach kurzer Zeit wurden wieder Reparaturkosten notwendig. Ich will nur bemerken, daß der frühere hochverehrte Finanzminister, der jetzige Oberpräsident in Koblenz Frhr. v. Rheinbaben keineswegs die Veranlassung zu diesen Mehrkosten gegeben, sondern vielmehr erklärt hat, daß er mit einer bescheideneren Dienstwohnung zufrieden gewesen wäre. Ich habe mit meiner Ausführung beim Bauetat nur betonen wollen, daß in der von mir geschilderten Richtung schwere Mißstände vorliegen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend ältere Hypotheken in Neuvorpommern und Rügen.

Nach der Vorlage sollen die Hypotheken in Neuvorpommern und Rügen, die nach dem Gesetz von 1868 in die Grund- und Hypothekenbücher eingetragen sind, bei der Umwandlung in Buchhypotheken oder in Briefgrundschulden von Gerichtskosten und Stempelsteuern befreit sein.

Der Gesetzentwurf wurde nach kurzer Begründung durch den Justizminister **Dr. Beseler** und nach kurzen Ausführungen der Abgg. **Dr. Newoldt** (Freikons.), **Mathis** (Natl.) und **Lippmann** (Fortschr. Vpt.) der Justizkommission überwiesen.

Hierauf wurde die Beratung des Justizetats beim Kapitel Land- und Amtsgerichte fortgesetzt.

Abg. Dr. Wuermeling (Ztr., sehr schwer verständlich) besprach Fragen der Berufsvormundschaft. Bei der Auswahl der Vormünder müsse darauf Bedacht genommen werden, daß die sittlichreligiöse Erziehung der Mündel gewährleistet sei.

Justizminister **Dr. Beseler:** Die Berliner Vormundschaftsrichter haben in der Bestellung der Vormünder die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs durchaus beachtet. Auf die religiöse Erziehung der Mündel wird in ausreichendem Maße Bedacht genommen.

Abg. Lichtenstein (Fortschr. Vpt.) beschwerte sich über eine außerordentlich lange Gerichtsverhandlung in Königsberg i. Pr., die von Morgens 9 Uhr bis Abends 10 Uhr gedauert habe.

Abg. Delius (Fortschr. Vpt.) trat für Beibehaltung des Amtsgerichts in Löbejün bei Halle a./S. ein.

Abg. Sauermann (Ztr). wünschte die Errichtung von Amtsgerichten in Hamborn und Sterkrade.

Ein Regierungskommissar erwiderte, die Errichtung eines Amtsgerichtes in Hamborn sei bereits beschlossen; über Sterkrade schwebten die Verhandlungen noch.

Abg. Cassel (Fortschr. Vpt.): Die Beteiligung des Laienelements an der Rechtspflege hat sich sehr gut bewährt. Dadurch wird eine Entfremdung zwischen Rechtsprechung und Volksempfinden verhindert.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) bemängelte die Praxis im Wiederaufnahmeverfahren.

Abg. Leinert (Soz.) empfahl die Errichtung eines Amtsgerichts in Linden.

Abg. Mathis (Natl.) trat für Besserstellung der Gerichtssekretäre ein.

Abg. Faltin (Ztr.): Die Amtsanwälte müssen häufig zu lange auf etatsmäßige Anstellung warten. Die Gerichtsschreiber sollten den Verwaltungssekretären gleichgestellt werden. Den Titel Rechnungsrat sollten nach einer gewissen Frist alle Gerichtssekretäre erhalten.

Abg. Frank-Köln (Ztr.) bat den Minister, die Krankenkasse der Justizsekretäre, die sich in schwieriger Lage befindet, zu unterstützen.

Ein Regierungskommissar: Aus den Unterstützungsfonds können nur einzelnen Beamten, nicht aber einer Krankenkasse Zuwendungen gemacht werden. Das könnte nur geschehen, wenn für derartige Zwecke besondere Mittel neu in den Etat gestellt würden. Mit der Verleihung des Titels Rechnungsrat an die Gerichtssekretäre wird in gesteigertem Maße fortgefahren werden.

Abg. Bartscher (Ztr.) wünschte eine bessere Regelung des Besoldungsdienstalters der Kanzleibeamten sowie die Anstellung der Kanzleigehilfen.

Ein Regierungskommissar erwiderte, daß eine Neuregelung des ganzen Kanzleiwesens in Aussicht genommen sei.

Die Abgg. Viereck (Freikons.), **Mathis** (Natl.), **Dr Liebknecht** (Soz.), **Baerwald** (Fortschr. Vpt.) erörterten ebenfalls die Verhältnisse der Kanzleigehilfen.

Abg. Faltin (Ztr.): Die Hoffnungen, die man in die neue Gerichtsvollzieherordnung gesetzt hat, haben sich zum großen Teil nicht erfüllt. Darin sind vor allem auch die Rechtsanwälte einig. Die Zahl der fruchtlosen Pfändungen hat sich in erschreckender Weise vermehrt.

Abg. Viereck (Freikons.) befürwortete die Einführung einer Kontrollinstanz für die Gerichtsvollzieher.

Auf Anregung des Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) erwiderte

Geheimrat Frize: Mit der etatsmäßigen Anstellung der Unterbeamten bei den Gerichten und Gefängnissen wird im nächsten Etat in erheblichem Umfang vorgegangen werden.

Abg. Bartscher (Ztr.) hoffte, daß die außeretatsmäßigen Unterbeamtenstellen ganz verschwinden werden. Wenn die Sozialdemokraten meinen, daß sie die Wünsche der Unterbeamten am besten vertreten, so wird bald die Zeit kommen, wo die Unterbeamten sagen: Gott bewahre uns vor der Sechsmännerfraktion!

Die Abgg. **Viereck** (Freikons.) und **Ernst** (Fortschr. Vpt.) baten um Regelung der Gebühren für nebenamtlich beschäftigte Amtsanwälte.

Abg. Faltin (Ztr.) wünschte bessere Ausbildung und höhere Stellenzulage für Dolmetscher.

Abg. Goebel (Ztr.) wünschte Besserstellung der Gefangenenaufseher.

Beim Kapitel „Besondere Gefängnisse" trat

Abg. Dr. Schmitt (Ztr.) für Vermehrung der Stellen für Geistliche im Hauptamt an den Gefängnissen ein. Für konfessionelle Seelsorge in den Gefängnissen muß Sorge getragen werden. Anträge auf vorläufige Entlassung werden von der Verwaltung des Innern wohlwollender behandelt als von der Justizverwaltung.

Geheimrat Plaschke: Es ist eine ganz falsche Auffassung, daß Anträge auf vorläufige Entlassung von der Justizverwaltung anders aufgenommen werden als von der Verwaltung des Innern. Die Justizverwaltung hat solchen Anträgen in erheblichem Maße stattgegeben. Für religiöse Erbauung ist in den Gefängnissen in ausreichendem Maße gesorgt. Nach der Vorschrift soll in jeder Zelle ein Gebetbuch und ein Neues Testament vorhanden sein. Die Verwaltung schenkt dieser Frage die größte Aufmerksamkeit.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Eine religiöse Beeinflussung der Gefangenen wird vielfach über das vorhandene Bedürfnis hinaus ausgeübt. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Für die ärztliche Versorgung der Gefangenen ist nicht genügend gesorgt. Vor allem fehlt es in vielen Gefängnissen an Aborten mit Wasserspülung.

Geheimrat Plaschke: Die Organisation unserer Gefängnisse ist einwandfrei. Wenn der Vorredner in allen Gefängnissen Klosetts mit Wasserspülung verlangt, so beruht diese Forderung auf vollständiger Unkenntnis der Verhältnisse.

Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Außerdem Handels- und Gewerbeetat.

Schluß 5½ Uhr.

Deutsches Reich.

* **Der Kaiser** begab sich gestern abend zu einem Diner bei dem Fürsten Solms-Baruth; vor der Tafel wurde ein Kapitel des Ordens vom Weißen Hirsch abgehalten. — Prinz Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, ist gestern abend 10 Uhr 50 Minuten vom Anhalter Bahnhof über München nach Gmunden abgereist. Die Kaiserin und Prinzessin Viktoria Luise mit Gefolge geleiteten den Prinzen mit Automobil zum Bahnhof.

* **Der Kaiser** besuchte gestern vormittag das Alte Museum in Berlin. Von Direktor Dr. Theodor Wiegand empfangen, besichtigte er eingehend das Museum in allen seinen Abteilungen.

* **Reise der Kaiserin nach Wien.** In maßgebenden Berliner Hofkreisen wird, wie unser Berliner Vertreter erfährt, die Meldung, daß die Kaiserin mit der Prinzessin Viktoria Luise und dem Prinzen Ernst August von Cumberland im Laufe der nächsten Woche zum Besuche der Familie des Herzogs von Cumberland in Gmunden bei Wien eintreffen wird, bestätigt. Die Abreise der Kaiserin von Berlin findet wahrscheinlich am Donnerstag, den 27. Februar, statt. Der Kaiser wird erst auf der Rückkehr von seiner Reise nach Korfu in Gmunden weilen.

* **Zur Disposition.** Die Generalleutnants Schöpflin, Kommandeur der 33. Division in Metz, v. Hoffmann, Inspekteur der 2. Kavallerie-Inspektion in Stettin, und v. Hertzberg, Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division, sind auf ihr Abschiedsgesuch zur Disposition gestellt worden.

* **An der Nationalspende** zum Jubiläum des Kaisers für die christlichen Missionen in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten will sich auch das Königreich Sachsen beteiligen, und zwar beabsichtigen die beiden Kammerpräsidenten die Angelegenheit in die Wege zu leiten.

* **Die Bertehrseinnahmen deutscher Eisenbahnen** für den Monat Januar 1913 betragen nach der im Reichseisenbahnamt aufgestellten Uebersicht im Personenverkehr 57 668 952 Mk. (ein Mehr gegen das Vorjahr von 3 198 365 Mk. im ganzen oder 4,64 Prozent auf 1 Kilometer); im Güterverkehr 164 529 800 Mk. (ein Mehr gegen das Vorjahr von 15 088 232 Mk. im ganzen oder 8,73 Prozent auf 1 Kilometer).

* **Die Landtagsersatzwahl** im 6. Wahlkreise (Lippe-Detmold) hatte kein Resultat. Es muß Stichwahl zwischen dem Freisinnigen und dem Sozialdemokraten stattfinden.

* **Der nächste deutsche Richtertag** soll zu Ende der diesjährigen Gerichtsferien in Berlin abgehalten werden.

* **In der hessischen Zweiten Kammer** erklärte Finanzminister Dr. Braun, daß die hessischen Ueberschußanteile an der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft einen glänzenden Aufschwung genommen hätten, und daß das Entgegenkommen Preußens ständig wachse. Der Minister sprach den Wunsch aus, eine Erörterung über den preußisch-hessischen Gemeinschaftsvertrag ohne zwingende Gründe nicht zu provozieren.

* **Zu Ehren der Vollversammlung des Deutschen Handelstages,** die heute und morgen im Langenbeckhause über eine große Anzahl wichtiger Fragen beraten wird, veranstaltete die Berliner Handelskammer gestern im Festsaal ihres Heims an der Dorotheenstraße einen Begrüßungsabend, zu dem neben den bereits eingetroffenen auswärtigen Delegierten die Mitglieder und Beamten der Berliner Handelskammer und zahlreiche Ehrengäste erschienen waren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191302192-13/fragment/page=0002

Ausland.

Ein politischer Prozeß in Ungarn.

Der ungarische Abgeordnete Desy, der behauptet hatte, der Ministerpräsident Lukacs habe öffentliche Gelder für seine Privatzwecke verwendet, wurde wegen Beleidigung und Verleumdung zu einem Monat Gefängnis und 400 Kronen Geldstrafe verurteilt.

Der Präsidentschaftswechsel in Frankreich.

Gestern fand die Uebertragung der Präsidentenwürde an Poincaré statt. Poincaré wurde vom Ministerpräsidenten Briand in einer Staatskarosse aus seiner Privatwohnung um 2 Uhr 20 Minuten abgeholt. Der Zug begab sich um 3¼ Uhr nach dem Elysée, wo Poincaré von Fallières empfangen wurde. In diesem Augenblick verkündeten 21 Kanonenschüsse den Wechsel in der französischen Präsidentschaft. Der Großkanzler der Ehrenlegion, General Florentin, überreicht daraufhin dem neuen Präsidenten die Insignien zum Großkreuz der Ehrenlegion. Beide Präsidenten begaben sich alsdann nach dem Rathause, wo ein großer Empfang stattfand. Alle hohen französischen Würdenträger waren zugegen, nur die bekannten Sozialistenführer fehlten. Die von zwei Infanterie-Regimentern gestellte Musik spielte die Marseillaise. In der Festhalle des Rathauses fand daraufhin ein Konzert statt, das bis 5 Uhr andauerte. Hierauf begab sich Präsident Poincaré nach dem Elysée, wo der erste Ministerrat unter seinem Vorsitz stattfand. Abends übersiedelte Poincaré ins Elysée, während Fallières seine Privatwohnung bezog. Der Enthusiasmus und die Festfreude war überall im Lande außerordentlich groß. Ueberall fanden Schulfeiern statt und der Unterricht fiel natürlich aus. Alle Städte waren festlich beflaggt, und abends fanden Illuminationen statt.

Russische Offiziere für die Mongolei.

Der mongolische Minister und der Vertreter Rußlands Korostowez haben ein Abkommen unterzeichnet, wonach russische Offiziere zur Organisation und Ausbildung einer mongolischen Reiterbrigade berufen werden.

Die Revolution in Mexiko.

Die Berliner mexikanische Gesandtschaft hat gestern morgen vom Präsidenten Madero ein vom gleichen Tage datiertes Telegramm erhalten, demzufolge die mexikanische Regierung sich den Aufständischen gegenüber in einer günstigen Lage befindet. Das Telegramm lautet: „Wir beherrschen die Situation. Das feindliche Feuer schweigt. Die Rebellen desertieren in großer Anzahl. Heute wurde ein Waffenstillstand von 24 Stunden vereinbart, damit die Nichtkombattanten die Feuerzone verlassen können. Ich hoffe, daß ohne großen Blutverlust die Zitadelle sehr bald fallen wird."

Provinz Sachsen und Umgebung.

— **Weißenfels**, 18. Febr. (Erpresser.) Verschiedene hiesige wohlhabende Leute erhielten in letzter Zeit Erpresserbriefe, in denen mit dem Tode gedroht wird, wenn nicht an einer bezeichneten Stelle Geld niedergelegt wird. Die Polizei ist dem Erpresser auf der Spur.

—g. **Harzgerode**, 18. Febr. (In der Badewanne erstickt.) Aus bisher unaufgeklärter Ursache ist das drei Wochen alte Kind des Bahnarbeiters F. in Alexisbad ums Leben gekommen. Die Mutter hatte das Kind baden wollen und es einen Augenblick allein gelassen. Als sie zurückkehrte, hat das Kind mit dem Steckbett im Wasser gelegen und war erstickt. Möglicherweise ist das Kind von seiner zweijährigen Schwester in die Badewanne gelegt worden.

— **Gera**, 18. Febr. (Verhaftung.) Der Klavierstimmer Weißhaus, der kürzlich den Mordanschlag auf seine Geliebte und deren Mutter in der Altenburger Straße hier verübte und darauf flüchtete, ist in der Nähe von Oberpöllnitz bei Triptis verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis nach Auma eingeliefert worden.

n. **Köthen**, 18. Febr. (Ein schwerer Unglücksfall), der zwei Arbeitern das Leben kostete, ereignete sich gestern im benachbarten Großbadegast. In der dortigen Brennerei hantierten die Arbeiter Franz Jacob und Wilhelm Pasch an einer Dampfleitung, als plötzlich eine Verpackung herausflog und der ausströmende siedende Dampf sich über die Unglücklichen ergoß. Diese erlitten am ganzen Körper fürchterliche Verbrühungen, so daß sie sofort dem Kreiskrankenhause zugeführt werden mußten. Abends erlag Jacob seinen schweren Verletzungen und heute früh wurde auch Pasch durch den Tod von seinen Qualen erlöst.

— **Altenburg**, 18. Febr. (Unterschlagung und Selbstmord.) Der Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher Bruno Kranz aus dem benachbarten Fockendorf hatte sich am Sonnabend aus dem Heimatsort entfernt und nach Hof in Bayern begeben, wo er später als Leiche aufgefunden wurde. Nach seinem Verschwinden wurde in der Gemeindekasse ein Fehlbetrag von 2000 Mk. entdeckt, worüber am Sonnabend die Abrechnung zu erfolgen hatte. Kranz hatte alle Papiere, die zu seiner Rekognoszierung dienen konnten, vernichtet.

— **Zeulenroda**, 18. Febr. (Verhaftet.) Der Kaufmann Kopoth ist wegen Konkursvergehens und Meineids verhaftet und ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Aus Nah und Fern.

Das Thüringische Ulanen-Regiment Nr. 6 leitete in Hanau das Fest seines hundertjährigen Bestehens mit einem Festkommers ein, wozu eine Abordnung des Infanterie-Regiments von Lützow (1. Rheinisches) Nr. 25 sowie Abordnungen der Städte Mülhausen, Langensalza, Paderborn, Lippstadt, der früheren Garnisonorte des Regiments, erschienen waren. Die Reserveoffiziere des Regiments stifteten einen Fonds von 13 850 Mk. zum Besten des Unteroffizierkorps. Gestern fand eine militärische Feier statt, bei welcher der kommandierende General des 18. Armeekorps, General der Infanterie von Schend, eine Anzahl von Gnadenbeweisen bekanntgab. Das Regiment erhielt das Säkular-Standartenband. Dann folgte ein großes Festspiel, in dem die Geschichte des Regiments zur Darstellung gebracht wurde, umgefangen mit der Errichtung des Lützowschen Freikorps, aus dem das Ulanen-Regiment Nr. 6 hervorgegangen ist.

Grubenunglück. Auf der Zeche Pörtingsiepen in Westfalen sind in der vorvergangenen Nacht drei Bergleute von herabfallenden Gesteinsmassen verschüttet worden. Zwei wurden getötet, der dritte schwer verletzt.

Rom im Schnee. Seit gestern morgen herrscht in Rom starker Schneefall.

Zum Schifferstreik. Trotz des Streikausbruchs unter den Schiffsmannschaften haben die Vereinigten Elbe-Schiffahrtsgesellschaften eine beschränkte Wiederaufnahme der Expeditionen im Elbverkehr von Hamburg nach Sachsen und Böhmen ermöglicht. Die nächsten Abfahrten erfolgen, vorausgesetzt, daß keine Störungen durch Eis eintreten, bei reichlichem Güterangebot am Donnerstag und Sonnabend dieser Woche.

Pierpont Morgan, der amerikanische Multimillionär, soll sich sterbend an Bord des Dampfers „Corona" befinden, der auf der Reise von Kairo nach Fiume begriffen ist. Zwei Aerzte und vier Krankenpfleger sind um den Patienten bemüht.

Schwere Explosion. Auf dem französischen Linienschiffe „Danton" sind durch die Explosion einer 7,5 cm Kanone, die während der Vornahme von Schießübungen erfolgte, drei Matrosen tödlich verletzt worden. Die Verletzten sind im Laufe des gestrigen Tages gestorben.

Schweres Automobil-Unglück. Auf der Chaussee Posen-Birnbaum überschlug sich in der vergangenen Nacht das Automobil des Fabrikbesitzers Steinken aus Posen. Der Chauffeur wurde getötet. Von den Insassen wurden die Kaufleute Puitski aus Eichenhorst und Czaczkowski aus Posen schwer verletzt. Steinken blieb unverletzt.

Eine Verbrecherbande festgenommen. Nach vielen Hindernissen ist es der Moskauer Geheimpolizei gelungen, eine aus drei Personen bestehende Verbrecherbande zu verhaften. Diese operierte, in Automobilen fahrend, auf zwei belebten Chausseen, wo sie über 100 schwere Verbrechen ausführte.

Ein 14jähriger Totschläger. Auf der Kohlenhalde bei Riwka in der Nähe von Gleiwitz geriet der 14jährige Schüler Kwapisch mit seinem 12 Jahre alten Bruder aus nichtiger Ursache in Streit. Der ältere von beiden ergriff nach kurzem Wortwechsel einen Stein und hieb damit solange auf seinen Bruder ein, bis dieser kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Der jugendliche Totschläger wurde in Haft genommen.

Mädchenhändler verhaftet. Unter dem dringenden Verdachte des Mädchenhandels wurde gestern in den Auswandererhallen zu Hamburg ein Russe namens Hochbaum verhaftet, der sich für einen Gamaschenfabrikanten ausgab und nach Buenos Aires zu reisen beabsichtigte. Der Verdacht war durch einen Mitreisenden mit dem er in Differenzen geraten war, auf ihn gelenkt worden, und scheint durch einen vorgefundenen Brief bestätigt zu werden. Hochbaum ist in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Landwirtschaftliches.

— **Die Maul- und Klauenseuche erloschen!** Das Kaiserliche Gesundheitsamt teilt mit: Das Erlöschen der Maul- und Klauenseuche ist gemeldet vom Viehhofe zu Nürnberg am 17. Februar.

Letzte Telegramme.

Straßenbahn-Unfall.

Solingen, 19. Febr. In Bohwinkel stürzte ein Wagen der elektrischen Bahn um. Sechs Personen wurden schwer verletzt.

Schwerer Einbruch.

Frankfurt a. M., 19. Febr. Bei einem Einbruch in das Goldwarengeschäft von Albert in der Leipziger Straße wurden für 25 000 Mark Goldwaren gestohlen. Die Täter sind entkommen.

Eine gelungene türkische Truppenlandung.

Konstantinopel, 19. Febr. Die Türken nahmen gestern bei Scharköj eine neue Landung vor und landeten eine beträchtliche Truppenmacht, die bisher an Bord von Transportschiffen gewartet hatte.

Die Revolution in Mexiko.

New-York, 19. Febr. Eine Depesche aus Mexiko besagt: Madero und sein Kabinett sind gefangen genommen worden. Huerta ist zum provisorischen Präsidenten ernannt worden.

New-York, 19. Febr. Telegramme aus Mexiko berichten, daß das Feuer die Nacht und den gestrigen Morgen hindurch andauerte. Während der Nacht wurden die Bundestruppen von allen exponierten Punkten zurückgezogen, und kurz vor Mittag verließ eine starke Abteilung Bundestruppen die Hauptstadt, um in der Richtung auf Cuernavaca zu marschieren. Dies wird als Zeichen dafür aufgefaßt, daß die Stellung der Regierung sehr geschwächt ist und daß eine Einigung irgend welcher Art voraussichtlich heute noch erreicht wird.

Börsen- und Handelsteil.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) Berlin, 18. Febr.

Weizen (Normalgew. 755 g):		**Mais** (p. 1000 kg) frei Wagen:	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	193—197	Amerik. mix.	154—157
Mai	211—210¼	runder	152—155
Juli	— —	türk. mixed	— —
Oktober	— —	weißer Natal	— —
Dezember	— —	**Erbsen** (per 1000 kg):	
Roggen (Normalgew. 712 g):		Inl. u. russ. Futterware	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	166½—167	mittel	170—178
Mai	176½	feine Taub-erbsen	179—195
Septbr.	— —	Viktoriaerbsen	— —
Oktober	— —	Kleine Kocherbsen	— —
Dezember	— —	**Weizenmehl** (per 100 kg):	
Gerste (per 1000 kg)		Nr. 00 brutto einschl. Sack	
Futterg., leichte inl.	156—163	ab Bahn u. Speicher	24.00—28.00
do. schwere	164—175	**Roggenmehl** (per 100 kg):	
Wintergerste, inländ.	— —	Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
russ. u. Donau leichte	— —	ab Bahn u. Speicher	20.80—23.20
do. schwere	— —	**Weizenkleie:**	
Hafer (Normalgew. 450 g):		grobe und feine	11.30—11.80
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	183—203	**Roggenkleie**	11.50—12.00
do. mittel do.	165—182	**Seradella**	— —
do. gering do.	— —	**Lupinen**, gelbe	— —
mit Geruch	— —	blaue	— —

*) ab Bahn u. frei Wagen. **) märk., mecklenb., pomm., pos., schles.

Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):		**Hafer** (Normalgew. 450 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	194—198	inländ. fein	180—198
abfallender	— —	mittel	164—179, gering — —
Mai	210¼—210¾	Mai	173
Juli	212—212½	Juli	— —
Sept	206¼—206½	Sept.	— —
Roggen (Normalgew. 712 g):		**Weizenmehl** (per 100 kg):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	167-168	Nr. 00 brutto einschl. Sack	
feiner	— —	ab Bahn u. Speicher	24.00—28.00
Mai	176¼—176½ — 176	(feinste Marken über Notiz).	
Juli	177¼ — 176¾	**Roggenmehl** (per 100 kg):	
Sept.	— —	Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
Mais (ohne Ang. d. Prov.):		ab Bahn u. Speicher	20.80—23.30
amerikan. mixed	153—156	Mai	—.—, Dez. —.—.
russ. (ab Bahn u. Kahn)	151-153	**Rüböl** (per 100 kg in Faß):	
Mai	— —	Febr.	66.40 Br.
Dezbr.	— —	April	—.—
		Novbr.	—.—

L. Weltmarkt. Berlin, 18. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Steuer (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen** Berlin 756 gr., Mai 210,75, Juli 212,50. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 170,95, Mai 173,05. Chicago Northern 1 Spring, Mai 148,05, Juli 141,50. Liverpool Red Winter Nr. 2 März 169,90. Paris Lieferungsware Febr. —. Budapest Lieferungsware April 195,15. Odessa Ulka 9 3/10 8—4 0/0 Bes. einschl. Bordspesen loko 157,50. Buenos-Aires Lieferungsware März 143,30. **Roggen:** Berlin 712 gr. Mai 176,00, Juli 176,75. Odessa 9 0/0 einschl. Bordospesen loko 119,45. **Hafer:** Berlin 450 gr. Mai 173,00, Juli —,—. **Mais:** Berlin Lieferungsware Mai —,—. Chicago Lieferungsware Mai 86,85. Buenos-Aires Lieferungsware Mai 91,70.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Magdeburg**, 18. Februar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Partikt frei Magdeburg, netto Kasse 28,00—28,50 Mk. Tendenz: fest.

— **Berlin**, 18. Februar. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl Februar-März 28,00 Mk., feuchte Stärke 14,20 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 18. Februar. Spiritus ruhig, Februar 31 G., Februar-März 31 G., März-April 31 G.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 18. Februar. Rüböl loko 69,00, Mai 67,00.

— **Hamburg**, 18. Februar. Rüböl fest, loko verzollt 67,00.

— **Amsterdam**, 18. Febr. Leinöl behauptet, loko —, März 28 7/8, März-April —, Mai-August 26 3/4, September-Dezember —.

Zucker.

W. Hamburg, 18. Februar. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 0/0 Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per Februar 9,70, per März 9,72½, per April 9,80, per Mai 9,90, per August 10,20, per Oktober-Dezember 9,95. Tendenz: ruhig.

W. London, 18. Februar. Rüben-Rohzucker 88 0/0 Februar 9 sh. 7½ d. Wert, ruhig. Javazucker 96 0/0 prompt 10 sh. 7½ d. Wert, ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 18. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 62¾ G., Mai 63¼ G., September 63¼ G., Dezember 62¼ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam**, 18. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, träge, loko 54.

— **Havre**, 18. Februar. Kaffee. Good average Santos März 74 3/4, Mai 75¼, September 76¼, Dezember 75½. Tendenz: kaum stetig.

W. Rio de Janeiro. 17. Februar. Kaffee. Zufuhren 11 000 Sack in Rio, 10 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 18. Februar. Baumwolle, ruhig. Upland middling loko 62,75 Pf.

— **Antwerpen**. 18. Februar. Wolle. La Plata-Kammzug Type B März 6,67 1/2, Oktober 5,95, Verkäufer. Tendenz: Kaum behauptet

— **Liverpool**. 18. Febr. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikanische middling Lieferungen: Fest. Per Febr. —,—, per Febr.-März 6,65, per März-April 6,55, per April-Mai 6,54, per Mai-Juni 6,54, per Juni-Juli 6,53, per Juli-August 6,49, per August-September 6,39, per Septbr.-Oktober 6,25, per Oktober-November 6,18, per November-Dezember 6,16.

Metalle.

— **Amsterdam**, 18. Februar. Bancazinn träge, loko 133 1/2.

— **London**, 18. Febr. Blei, span., 16 3/8 Lstrl., engl. 16 3/4 Lstrl., Zinn 218 1/8 Lstrl., Zink 25 Lstrl., Chili-Kupfer 63 3/4 Lstrl., 3 Monate 63 3/4 Lstrl.

— **Glasgow**, 18. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen stramm. Middlesborough Warrants per Kassa 60 sh. 4 d.

Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg**, 18. Febr. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 377 Rinder, und zwar 43 Ochsen, 109 Bullen, 185 Färsen u. Kühe, 12 Fresser, 276 Kälber, 314 Schafvieh rc., 2024 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht. Ochsen: a) vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 49—51, b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 45—48, c) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 38—44, d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 34—37 M. Bullen: a) vollfleischige ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 47—50, b) vollfleischige jüngere 43—46, c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 38—42 M. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 44—48, b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 43—46, c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 39—43, d) mäßig genährte Kühe und Färsen 34—38, e) gering genährte Kühe und Färsen 28—33 M. Gering genährtes Jungvieh (Fresser) 35—43 M. Kälber: a) Doppellender feinster Mast 80—92, b) feinste Mastkälber 64—71, c) mittlere Mast- und beste Saugkälber 55—63, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 48—54, e) geringe Saugkälber 36—47 M. Schafe (Stallmastschafe): a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 45, b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe bis 42, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) — bis — M. Schweine: a) Fettschweine über 150 kg Lebendgewicht 64 (Schlachtgew. 79—80), b) vollfleisch. v. 120—150 kg Lebengew. 62—63 (Schlachtgew. 78—79), c) vollfleischige von 100—120 kg Lebendgew. 61—62 (Schlachtgew. 76—78), d) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgew. 60—61, (Schlachtgew. 75—76), e) vollfleischige unter 80 kg Lebendgew. 58—59 (Schlachtgew. 72—74), f) unreife Sauen Lebendgew. 58—61 (Schlachtgew. 73—75, g) geschnittene Eber Lebendgew. 54—59 (Schlachtgew. 67—74) M. Die Schlachtgewichtspreise für Schweine verstehen sich unter Berücksichtigung eines Taraabzuges von 20 %; Lebendgewichtspreis umgerechnet. Die Beträge von 50 ₰ und darüber sind nach oben, die unter 50 ₰ nach unten abgerundet. Verlauf und Tendenz: mittelmäßig. Ueberstand: 25 Rinder, — Kälber, 44 Schafe, 25 Schweine.

Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 18. Februar. Roter Winter-Weizen loko 111, per Mai 99, per Juli 98 1/8, per Sept. 97 1/8, per Dezbr. —,—. Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 3,80. Getreidefracht nach Liverpool 3 1/8.

W. Chicago, 18. Februar. Weizen per Mai 92 1/8, per Juli 91 1/8, per Sept. 93 5/8. Mais, per Mai 52 1/4, per Juli 53 1/4, per Sept. 54 1/8.

W. New-York, 18. Febr. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 10,80, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 14,00.

W. New-York, 18. Februar. Schmalz Westernsteam 10,90, Rohe und Brothers 11,40.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt 17. Febr. + 1.80, 18. Febr. + 1.65. **Grockitz** + 1.84, + 1,70. Nebra Obp. + 2.16, + 2.12. **Nebra** Untp. + 1.86. + 1.80. Brückenp. + —. + —. **Kösen** + 1.10, + 1.10. **Weißenfels** Untp. + 1,10, + 0,96. **Trotha** + 2.68, + 2.56. **Alsleben** + 2.32, + 2,32. **Bernburg** + 2.00 + 1,82. **Calbe** Obp. + 1.90. + 1 84. Calbe Uttp. + 1,90. + 1.72 **Grlebene** + 1,93. + 1.76.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: **Fritz Müller**; für Provinz und Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: **Max Ebeling**; für Oertliches: **Heinrich Miesichner**; Schlußredaktion: **A. Berwecke**, sämtlich in Halle (Saale). — Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Hallischen Zeitung in Halle (Saale)" zu adressieren. — Sprechstunden der Redaktion für Politik, Feuilleton und Theater von 10—11 Uhr, für die übrigen Ressorts von 8—1 Uhr mittags.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) 3730 Filiale Halle a. S. Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater.

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191302192-13/fragment/page=0003

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 Jan. | 4 Apr. | 7 Juli | 10 Okt. | a 1.1. | a 1.4. | a 15.3. | a 15.6. | a 15.9. | a 1.11. | 1.4.7.10. | 1.2.3.4. | 1.5.8.11. | 1.6.7.12. | 1.5.9.12. | 1.6.12. | 1.6.11. | 1.5.11. | 1.5.11. | 1.6.12. | 1.5.11. | 1.6.12. | 1.5.11. | 1.6.12